



Mehr Infos unter:

<http://murksmelden.de>

<http://murksmelden.de/bus-stop>

Amtsgericht Recklinghausen Familiengericht Beschluss

In der Familiensache

1. der Frau Anna Teresa Kavena, [REDACTED]

2. des Kindes [REDACTED] Kavena,

3. des Kindes [REDACTED] Kavena,

Antragstellerinnen,

gegen

Herrn Uwe Ewald Rüdiger, Berweg 24, 45657 Recklinghausen,

Antragsgegner,

hat das Amtsgericht - Familiengericht - Recklinghausen

auf die mündliche Verhandlung vom 24.01.2024 24.01.2024

durch den Richter am Amtsgericht [REDACTED] Rüdiger

im Wege der einstweiligen Anordnung gemäß §§ 214, 49 ff. FamFG

beschlossen:

Dem Antragsgegner wird verboten:

- die Antragstellerinnen zu bedrohen, zu verletzen oder sonst körperlich zu misshandeln
- sich der Wohnung der Antragstellerinnen [REDACTED]

Mich ihr zu nähern o. ä. hatte ich alles hatte ich ohnehin nie vor
Aber seit wann darf man seiner Abgeordneten aus dem Wahlkreis
keine Mails mehr schreiben?
Na, dann bitte ich halt ihre Parlamentskollegen oder Parteifreunde,
sie zu informieren.

Recklinghausen - weniger als 100 Meter zu nähern

- sich den Antragstellerinnen weniger als 100 Meter zu nähern den Antragstellerinnen aufzulauern
- mit den Antragstellerinnen - auch unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln einschließlich Sozialer Netzwerke-Verbindungen aufzunehmen
- ein Zusammentreffen mit den Antragstellerinnen herbeizuführen

Sollte es zu einem zufälligen Zusammentreffen kommen, hat der Antragsgegner sofort einen gebührenden Abstand herzustellen.

Es ist ihm verboten, mit der Antragstellerin in jeglicher Form Verbindung aufzunehmen.

2.

Die Dauer der Anordnung wird befristet bis zum 14.01.2025. [24.01.2025](#)

3.

Das Gericht kann bei schuldhafter Zuwiderhandlung gegen die vorstehenden Verpflichtungen ein Ordnungsgeld bis zur Höhe von 250.000,- € festsetzen. Für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, kann Ordnungshaft bis zu sechs Monaten angeordnet werden.

4.

Die sofortige Wirksamkeit und die Zulässigkeit der Vollstreckung vor der Zustellung an den Antragsgegner werden angeordnet.

5.

Die Beteiligten werden darauf hingewiesen, dass diese Anordnung der zuständigen Polizeibehörde mitgeteilt wird (§ 16 a FamFG).

6.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsgegner.

7.

Der Verfahrenswert wird auf 1.000,00 Euro festgesetzt.

Gründe:

Die Entscheidung beruht auf §§ 823, 1004 BGB, i. V. m. § 1 GewSchG.

Die Antragstellerinnen haben glaubhaft gemacht, dass sie durch den Antragsgegner am 17.06.2023 bedroht worden ist.

Auf den glaubhaft gemachten Sachvortrag in der Antragsschrift wird Bezug genommen.

Der Antragsgegner hat den betreffenden Sachverhalt zunächst in Abrede gestellt. An Eides statt versichern wollte er dies indes nicht. Er hat sich schließlich mit dem Erlass der beantragten einstweiligen Anordnung einverstanden erklärt. Einer weiteren Begründung bedarf es daher gem. § 38 Abs. 4 Ziff. 2 nicht.

Die Anordnungen nach § 1 GewSchG sind zur Abwendung weiterer Übergriffe erforderlich. Die Androhung der Ordnungsmittel beruht auf §§ 1 Abs. 1 FamFG, 890 Abs. 2 ZPO.

Die Entscheidung über die Kosten beruht auf § 81 FamFG.

Es entspricht billigem Ermessen, dem Antraggegner die gesamten Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Beschluss ist das Rechtsmittel der Beschwerde gegeben.

Beschwerdeberechtigt ist jeder, dessen Rechte durch den Beschluss beeinträchtigt sind. Die Beschwerde ist bei dem Amtsgericht - Familiengericht - Recklinghausen, Reitzensteinstr. 17, 45657 Recklinghausen schriftlich in deutscher Sprache oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle einzulegen. Die Beschwerde kann auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle eines jeden Amtsgerichtes abgegeben werden.

Die Beschwerde muss spätestens innerhalb von zwei Wochen nach der schriftlichen Bekanntgabe des Beschlusses bei dem Amtsgericht - Familiengericht - Recklinghausen eingegangen sein, dies gilt auch dann, wenn die Beschwerde zur Niederschrift der Geschäftsstelle eines anderen Amtsgerichtes abgegeben wurde. Die Frist beginnt mit der schriftlichen Bekanntgabe des Beschlusses, spätestens mit Ablauf von fünf Monaten nach Erlass des Beschlusses. Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag, einen allgemeinen Feiertag oder Sonnabend, so endet die Frist mit Ablauf des nächsten Werktages.

Die Beschwerde muss die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die Begründung enthalten, dass Beschwerde gegen diesen Beschluss eingelegt wird. Sie ist zu unterzeichnen und soll begründet werden.

Hinweis zum elektronischen Rechtsverkehr:

Die Einkommensteuer ist auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts möglich. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet und mit einer qualifizierten

elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 130a ZPO nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (BGBl. 2017 I, S. 3803) eingereicht werden. Auf die Pflicht zur elektronischen Einreichung durch professionelle Einreicher/innen vom 01.01.2022 durch das Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10. Oktober 2013, das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 5. Juli 2017 und das Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 15.10.2021 wird hingewiesen.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.

Recklinghausen, 24.01.2024

Amtsgericht

Brügge

Richter am Amtsgericht

Abgeschriftet

[Handwritten signature]
als Urkundsbearbeiter des Bescheidene



Die Unterschrift ist von der Justizbeamtin Ivancic, nicht vom Richter Brügge

Erlassen am 28.01.2024
durch Übergabe an die Geschäftsstelle

Ivancic, Justizvollzugsamt
als Urkundsbefugte der Geschäftsstelle

Kaufen Sie jetzt VueScan!
www.hamrick.com

**Nichtöffentliche Sitzung
des Amtsgerichts - Familiengericht -**

Recklinghausen, 24.01.2024

Geschäfts-Nr.:
72 F 171/23

Gegenwärtig:

Richter am Amtsgericht Brügge
als Richterin

- Ohne Protokollführer § 159 ZPO / Protokoll wurde vorläufig vom Protokollträger
aufgezeichnet -

In der Familiensache

1. der Frau Anna Teresa Kavena, [REDACTED]

2. des Kindes [REDACTED] Kavena,

3. des Kindes [REDACTED] Kavena,

Antragstellerinnen,

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Steinhauer pr. Märkische Str. 1, 58706
Menden

gegen

Herrn Uwe Ewald Kuding, Oerweg 24, 45697 Recklinghausen,

Antragsgegner,

erschienen bei Aufruf

die Antragstellerin zu 1. persönlich und Rechtsanwalt Steinhauer,

der Vater der Antragsteller zu 2.-3,

für das Jugendamt der Stadt Recklinghausen Frau Peveling.

Der Antragsgegner erschien nach erstem Aufruf der Sache nicht.

Die Antragstellerinnen und ihr Beteiligtenvertreter nahmen Bezug auf den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz. Sie nahmen zudem Bezug auf den Vortrag im Antrag vom 19.06.2023.

Das Gericht wies darauf hin, dass die ursprüngliche einstweilige Anordnung eine mündliche Verhandlung ergangen sei. Daher sei auf den erfolgten Antrag des Antragsgegners die heutige mündliche Verhandlung durchzuführen.

Es erschien sodann um 11.15 Uhr der Antragsgegner in Person.

Dieser wurde bekannt gemacht mit dem bisherigen Inhalt der Sitzung.

Der Antragsgegner, persönlich gehört, erklärte, dass die Antragstellerin gewählte Landtagsabgeordnete sei und somit Interessenvertreterin der Bürger. Er habe als Bürger das Recht mit der Abgeordneten zu reden, wann er das wolle. Er kenne Frau Kavena nicht. Er sehe sie aber als Ansprechpartnerin für seine Belange. Das habe er auch mehrfach in Mails geschrieben.

Der Antragsgegner erklärte zum Vorhalt, dass er eine Mitarbeiterin der Antragstellerin im Juni des vergangenen Jahres gesagt haben solle, dass er davon träume, die Antragstellerin umzubringen, dass er das nie gesagt habe.

Rechtsanwalt Steinhauer überreichte sodann Screenshot der Facebookpräsenz der SPD in Ferklinghausen, auf dem eine Sprechblase unter dem Namen Uwe Rüdiger neben dem Foto des Antragsgegners zu sehen ist. In dieser Sprechblase ist ausgeführt: "Wenn ich mir die scheißwilligen Damen und Karrieristinnen Kavena und Meierhans ansehe, kriege ich wieder Haas. Meine Mordgedanken sind zwar verfliegen, nicht aber meine Gewaltphantasien; die sind immer noch da und verschwinden auch wohl nicht so schnell. Wieder keine Bereitschaft da, mit Opfern zu reden."

Auf Vorhalt der Screenshots und weitere Nachfrage gab der Antragsgegner an, dass er dabei habe, dass er gegenüber dem Mitarbeiter der Antragstellerin nie geäußert habe, die Antragstellerin töten zu wollen.

Der Antragsgegner erklärte, dass er die Vernehmung des Mitarbeiters der Antragstellerin als Zeugen in einem weiteren Termin beantrage.

Das Gericht wies darauf hin, dass heute über eine einstweilige Anordnung verhandelt werde. Vor diesem Hintergrund könnten nur präsente Zeugen vernommen werden. Der Mitarbeiter sei jedoch nicht präsent.

Der Antragsgegner erklärte sodann, dass er einen Bewährungsshelfer habe, der sich gewundert habe, warum das Verfahren so ablaufe. Er beantrage eine Verschiebung des Termins, um Waffengleichheit herstellen zu können.

Das Gericht wies nochmals darauf hin, dass heute über eine einstweilige Anordnung zu entscheiden sei. Das Gericht teilte zudem mit, dass der Antragsgegner durchaus Zeit gehabt habe, zum heutigen Termin seinen Vertreter mitzubringen.

Dem Antragsgegner wurde mitgeteilt, dass eine eidesstattliche Versicherung der Antragstellerin hinsichtlich der Bewährungsumstände vorliege. Der Antragsgegner wurde gefragt, ob er selbst sein Vorbringen, dass er die Mordgedanken nie geäußert habe, durch eidesstattliche Versicherung bekräftigen wolle.

Der Antragsgegner wurde über die Strafbarkeit einer falschen Versicherung an Eides statt gem. § 156 StGB belehrt.

Der Antragsgegner wurde von der Antragsschrift auf Bl. 43 der Akte folgende Aussage vorgehalten:

„Der Antragsgegner unterhielt sich dann mit einem Mitarbeiter der ASTin und erzählte diesem erneut sinngemäß folgendes: Er träumt davon die Antragstellerin umzubringen und diese Phantasien wären ganz normal. Es wäre ganz normal solche Phantasien zu haben.“

Der Antragsgegner wurde sodann noch einmal gefragt, ob er tatsächlich die eidesstattliche Versicherung in dieser Form abgeben wolle. Dies verneinte der Antragsgegner.

Frau Peveling vom Jugendamt sprach sich ebenfalls für den Erlass der einstweiligen Anordnung aus.

Der Antragsgegner erklärte sich sodann mit dem Erlass einer einstweiligen Anordnung wie derer vom 20.06.2023 einverstanden.

Die Antragstellerin bat darum, die Personalien ihrer Kinder, das Protokoll und dem zu erlassenden **Beschluss unkenntlich zu machen**.

Beschlossen und verkündet:

Eine Entscheidung ergeht am Schluss der Sitzung.

Am Schluss der Sitzung wurde in Abwesenheit der zuvor Erschienenen der aus der Anlage der sichtliche Beschluss verkündet.

Brügge

Für die Richterinnen der Übertragungs vom Tonträger

Beckhus, Beschäftigte
als Urteilsbeamtin der Geschäftsstelle

Der Antragsgegner wurde sodann noch einmal gefragt, ob er tatsächlich die eidesstattliche Versicherung in dieser Form abgeben wolle. Dies verneinte der Antragsgegner.

Frau Peveling vom Jugendamt sprach sich ebenfalls für den Erlass der einstweiligen Anordnung aus.

Der Antragsgegner erklärte sich sodann mit dem Erlass einer einstweiligen Anordnung wie derer vom 20.06.2023 einverstanden.

Die Antragstellerin bat darum, die Personalien ihrer Kinder, das Protokoll und dem zu erlassenden **Beschluss unkenntlich zu machen**.

Beschlossen und verkündet:

Eine Entscheidung ergeht am Schluss der Sitzung.

Am Schluss der Sitzung wurde in Abwesenheit der zuvor Erschienenen der aus der Anlage der sichtliche Beschluss verkündet.

Brügge

Für die Richter der Übertragungs vom Tonträger

Beck, Justizbeschäftigte
als Urteilsbeamtin der Geschäftsstelle